

Licht, Thomas; von Maltzan, Annette; Unger, Barbara; Wohlrabe, Klaus

Article

Was erwarten Unternehmen in Deutschland von der nächsten Bundesregierung?

ifo Schnelldienst Digital

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Licht, Thomas; von Maltzan, Annette; Unger, Barbara; Wohlrabe, Klaus (2025) : Was erwarten Unternehmen in Deutschland von der nächsten Bundesregierung?, ifo Schnelldienst Digital, ISSN 2700-8371, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 6, Iss. 1, pp. 1-7

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/310928>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Thomas Licht, Annette von Maltzan, Barbara Unger und Klaus Wohlrabe

Was erwarten Unternehmen in Deutschland von der nächsten Bundesregierung?

ifo Schnelldienst digital
ISSN 2700-8371

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.
Redaktion: Annette Marquardt, Dr. Cornelia Geißler.
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Prof. Dr. Chang Woon Nam.
Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: unregelmäßig.
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars. Kommerzielle Verwertung der Daten, auch über elektronische Medien, nur mit Genehmigung des ifo Instituts.

im Internet:
<https://www.ifo.de>

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Thomas Licht, Annette von Maltzan, Barbara Unger* und Klaus Wohlrabe

Was erwarten Unternehmen in Deutschland von der nächsten Bundesregierung?

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland ist im Jahr 2024 um 0,2% gegenüber dem Vorjahr geschrumpft. Damit verharret die deutsche Wirtschaft nun bereits seit fünf Jahren in einer Phase der Stagnation. Diese Entwicklung zeigt sich auch im ifo Geschäftsklimaindex, der seit über vier Jahren einen rückläufigen Trend aufweist. Die großen Herausforderungen Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie und Deglobalisierung erfordern eine grundlegende Transformation der Produktionsstrukturen, bei der bestehende Geschäftsmodelle verschwinden oder neu entstehen. Zusätzlich leidet die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands insbesondere in der Industrie. Die Mehrheit der Industrieunternehmen berichtet in den ifo Konjunkturumfragen von einer verschlechterten Wettbewerbsposition sowohl in Deutschland als auch in der Europäischen Union und weltweit. Besonders negativ werden die Auslandsmärkte beurteilt, wobei diese Einschätzung branchenübergreifend auffällt (Sauer und Wohlrabe 2024).

In dieser schwierigen Lage zerbrach am Abend des 6. November 2024 die Ampel-Koalition. Nach einem gescheiterten Misstrauensvotum von Kanzler Olaf Scholz im Dezember sind für den 23. Februar 2025 Neuwahlen vorgesehen. Neben dem Bruch der Regierung ist die Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsident ein zweiter wesentlicher Aspekt. Aus makroökonomischer Sicht könnten Trumps angedrohte Handelsmaßnahmen, z. B. Zölle, erhebliche Folgen für die deutsche Wirtschaft haben. Baur et al. (2024a) berechnen, dass geplante US-Importzölle von 20% auf alle Importe und 60% auf chinesische Waren die deutschen Exporte in die USA um knapp 15% reduzieren könnten. Trotz möglicher Handelsumlenkungen würde dies laut der Studie zu einem Rückgang der Gesamtexporte um etwa 2% führen, wobei die Automobilindustrie (– 4,9%) und die Pharmaindustrie (– 4,7%) besonders betroffen wären. Eine Umfrage des ifo Instituts im September 2024 zeigt, dass 44% der Unternehmen negative Auswirkungen auf ihre Geschäftslage erwarten, sollte Trump gewählt werden (Baur et al. 2024b). Diese Besorgnis betrifft nicht nur Unternehmen mit direktem US-Geschäft, sondern auch solche, die über inländische Produktionsnetzwerke vom US-Markt abhängig sind. Konkrete Gegenmaßnahmen werden jedoch bisher nur zögerlich ergriffen. Der Ausblick für 2025 ist ebenfalls eher er-

IN KÜRZE

Anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 hat das ifo Institut im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen eine Umfrage zu den Erwartungen der Unternehmen an die kommende Bundesregierung durchgeführt. Insbesondere die Themen Bürokratie(-belastung), Energie und Steuern treiben die Unternehmen derzeit um. Andere Anliegen wie der Fachkräftemangel und die nachhaltige Transformation rücken angesichts der aktuell angespannten wirtschaftlichen Lage vermehrt in den Hintergrund. Knapp 40% der Unternehmen sehen die Bürokratie und deren Entschlackung als wichtigstes Themenfeld für die kommende Legislaturperiode. Fachkräftemangel und das Thema Nachhaltigkeit benennen hingegen nur 5,3% beziehungsweise 4,4% der Unternehmen als dringendstes Handlungsfeld. Ein Grund, warum der Bürokratieabbau derart drängend wahrgenommen wird, ist, dass er sich durch alle anderen Themengebiete zieht. Neben spezifischen Maßnahmen, wie der Sicherstellung der Energieversorgung im Bereich Energie oder der Abschaffung des Solidaritätszuschlags im Steuerbereich, betonen Unternehmen die Notwendigkeit, bürokratische Hürden und übermäßige Regulierungen in den jeweiligen Fachgebieten abzubauen.

nüchternd. Die Prognosen erwarten derzeit zwar kein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung, doch die deutsche Wirtschaft befindet sich noch nicht auf einem Weg zu dynamischem Wachstum (Wollmershäuser et al. 2024).

Die neue Bundesregierung steht somit vor großen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund hat das ifo Institut im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen ein Stimmungsbild der Unternehmen zu den dringenden Anliegen und Wünschen der Unternehmen für die Wirtschaftspolitik in der kommenden Legislaturperiode eingeholt. In einer Umfrage, die im Dezember 2024 durchgeführt wurde, wurden fast 900 Antworten aus der deutschen Unternehmenslandschaft gesammelt.¹

¹ Die vollständigen Ergebnisse der Befragung sind im Forschungsdatensatz FamData (Garnitz et al. 2023a, b) integriert, der vom ifo Institut und der Stiftung Familienunternehmen konzipiert wurde und kontinuierlich ausgebaut wird. In FamData liegen u. a. die (pseudonymisierten) Ergebnisse von zahlreichen Befragungen vor, die seit dem Jahr 2017 im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen erfolgten.

* Dr. Barbara Unger, Stiftung Familienunternehmen.

Gefragt wurde nach den, in den Augen der Unternehmen, wichtigsten Themen der Stunde. Zur Auswahl standen Bürokratie, Energie, Steuern, Außenhandel, Fachkräfte und Nachhaltigkeit. Zudem wurde erfasst, welche Maßnahmen zielführend bzw. von der kommenden Bundesregierung besonders zügig zu bearbeiten sind, um sich ebenjener erfolgreich anzunehmen. Hierfür wurden den Unternehmen zu jedem Themenfeld bis zu neun konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Im Bereich Außenhandel, Energie und Nachhaltigkeit konnten die Unternehmen die drei wichtigsten Maßnahmen angeben, im Bereich Steuern, Fachkräfte und Bürokratie gaben die Unternehmen eine Priorisierung der Maßnahmen an. Die Methodik der Auswahl und Priorisierung von Themen und Maßnahmen in der Befragung wurde so gestaltet, damit eine sinnvolle Gewichtung möglich ist. Ohne diese gezielte Vorgehensweise besteht die Gefahr, dass alle Themen und Maßnahmen als gleichermaßen wichtig betrachtet und mit höchster Priorität bewertet werden.

UNTERNEHMEN SEHEN BÜROKRATIE(-ABBAU) ALS DRÄNGENDSTE AUFGABE

Die Bürokratie ist in den Augen der Unternehmen das Themenfeld, dem sich die kommende Bundesregierung als erstes annehmen sollte (vgl. Abb. 1). 39,3 % der Unternehmen sehen den Abbau der Bürokratie als prioritär. Das bestätigen auch die Ergebnisse einer Umfrage aus dem Sommer 2024, bei der mehr als 90 % der Befragten angaben, dass die bürokratische Belastung seit 2022 zugenommen hat (Licht et al. 2024a, b). Lediglich 10,8 % der Befragten sehen die Bürokratie als eher unwichtig und stufen sie im Vergleich zu den anderen Themen als nachrangig ein. Besonders die großen Unternehmen priorisieren die Bürokratie als das wichtigste Thema der kommenden Legislaturperiode – je größer das Unternehmen, desto höher die Priorität. So setzen lediglich 29,2 % der Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten die Bürokratie auf Platz eins der Prioritätenliste, bei Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten sind

es hingegen 44,7 %. Die Differenzierung der Unternehmen nach ihren Umsätzen zeichnet ein ähnliches Bild. 19,4 % der Unternehmen mit Umsätzen von weniger als 1 Mio. Euro sehen die Bürokratie als vorrangiges Thema. Bei Unternehmen mit mehr als 50 Mio. Euro Umsatz sind es 43,2 %. Eine Ausnahme gibt es jedoch: den (kleinen) Mittelstand. Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten beziehungsweise Unternehmen mit einem Umsatz zwischen 10 und 50 Mio. Euro empfinden das Thema Bürokratie als besonders drängend. Hier wählen 69,2 % (10–49 Beschäftigte) beziehungsweise 46,1 % (10–50 Mio. Euro Umsatz) die Bürokratie als ihre oberste Priorität.

Als wichtigste Maßnahmen zum Bürokratieabbau geben die Unternehmen neben einer Verpflichtung zur bürokratiearmen Umsetzung von Gesetzen vor allem die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Konzentration auf wesentliche Angaben an. Dies deckt sich ebenfalls mit der Befragung vom Sommer 2024: Auch hier werden diese Maßnahmen als vorrangig für eine erfolgreiche Entschlackung der deutschen Bürokratie genannt (Licht et al. 2024a, b). Eine gravierende Auswirkung der hohen bürokratischen Belastung für Unternehmen ist das Zurückstellen bedeutender Investitionen (Zarges et al. 2023).

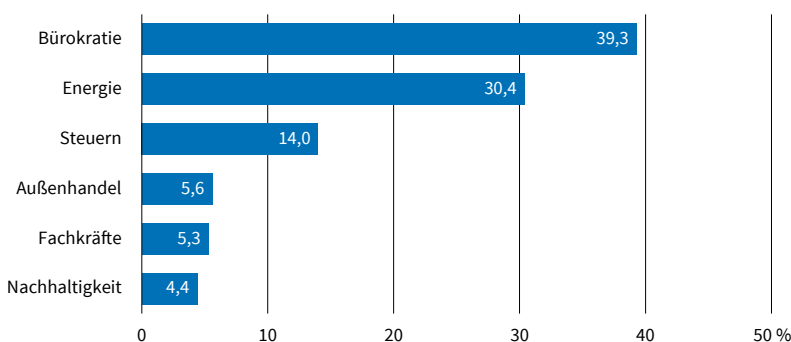
Die verschiedenen Studien zeigen deutlich, dass Bürokratie trotz einzelner Reformen weiterhin eine erhebliche Belastung für Unternehmen bleibt. Obwohl die Dringlichkeit dieser Problematik offenkundig ist, mangelt es an konsequenten politischen Maßnahmen zur Entschärfung der Situation. Ein entschlossener Abbau bürokratischer Belastungen wäre entscheidend, um den Standort Deutschland nachhaltig zu stärken und Unternehmen zu entlasten. Hier sollte aus Sicht der Unternehmen die neue Bundesregierung als erstes aktiv werden.

ENERGIE: SENKUNG DER NETZENTGELTE UND BESCHLEUNIGTER AUSBAU DER STROMÜBERTRAGUNGSNETZE IM FOKUS

Auf den zweiten Platz der wichtigsten Themen für die kommende Legislaturperiode wählen die Unternehmen mit 30,4 % das Thema Energie. Besonders der Handel (34,6 %) und das produzierende Gewerbe (31,9 %) ordnen diesem Thema die höchste Dringlichkeit zu. Der Dienstleistungssektor betont das Thema mit 26,8 % weniger stark. Bei der Frage nach konkreten themenbezogenen Maßnahmen, denen sich die Bundesregierung besonders zügig annehmen sollte, stechen zwei heraus. Über 50 % der Unternehmen halten sowohl die Senkung der Netzentgelte als auch den schnelleren Ausbau der Stromnetze für besonders dringende Maßnahmen, gefolgt von der Schaffung einer Versorgungssicherheit durch eine Diversifizierung der Energieerzeugung/-beschaffung (vgl. Abb. 2). Weniger drängend sind aus Sicht der Unternehmen die Einführung eines subventionier-

Abb. 1

Welchem Themenfeld sollte sich die neue Bundesregierung zuerst annehmen?



Anzahl der Beobachtungen: 861.

Quelle: Umfrage zur Bundestagswahl; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

ten Industriestrompreises und die Förderung für die Eigenstromerzeugung.

Die Einschätzung der Dringlichkeit einzelner Maßnahmen über die einzelnen Sektoren unterscheidet sich abhängig von der jeweiligen Maßnahme teilweise kaum und teilweise stark. Wenig Variation gibt es bei der Einschätzung der Dringlichkeit eines subventionierten Industriestrompreises. Im Bereich der Unternehmensdienstleistungen sehen 20,5% die Einführung eines subventionierten Industriestrompreises als wichtigste Maßnahme. Beim produzierenden Gewerbe liegt dieser Wert mit 22,5% geringfügig höher. Deutlich größer sind die Unterschiede bei der Einschätzung der Dringlichkeit für die Schaffung von Versorgungssicherheit. 49,0% des produzierenden Gewerbes sehen die Versorgungssicherheit als Maßnahme mit höchster Priorität, wohingegen es im Baugewerbe nur 35,2% sind. Der Handel und die Unternehmensdienstleistungen liegen mit 43,6% und 44,5% im Mittelfeld (vgl. Abb. 3).

STEUERN MIT EINIGEM ABSTAND AUF PLATZ DREI DER PRIORITÄTENLISTE

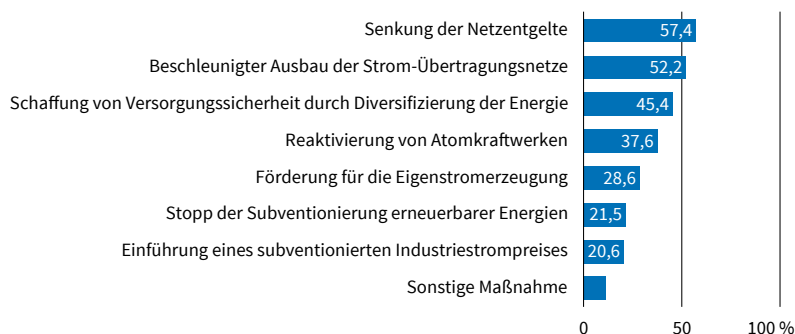
Nach den Themen Energie und Bürokratie messen die Unternehmen den Steuerregelungen die dritthöchste Priorität bei. Vor allem das Baugewerbe sieht die Steuern als vorrangige Herausforderung für die kommende Bundesregierung: 21,3% setzen die Steuern an die Spitze ihrer Prioritätenliste. Die übrigen Sektoren sehen Maßnahmen im Bereich Steuern deutlich weniger dringlich (vgl. Abb. 3). Sektorenunabhängig sind Steuern für 14,0% der befragten Unternehmen die Hauptsorge der kommenden Jahre. Der Fokus innerhalb des Themenbereichs sollte nach Meinung der Unternehmen insbesondere auf zwei Maßnahmen liegen. Neben der Abschaffung des Solidaritätszuschlags sehen die Unternehmen eine zeitnahe Senkung der Lohn- und Einkommensteuer als entscheidend an. Priorität bekamen daneben die Senkung der Körperschaftsteuer und die Senkung der Energiesteuer. Als nachrangig wird von den Unternehmen die schuldenfinanzierte Investitionsprämie sowie die degressive Absetzung für Abnutzung (AfA) ohne Befristung eingestuft.

AUSSENHANDEL: NUR 5,6% DER UNTERNEHMEN SETZEN IHN AN DIE ERSTE STELLE

Das Thema Wettbewerbsfähigkeit und Außenhandel hat für die meisten Unternehmen eine nachrangige Dringlichkeit. So wünschen sich 5,6% der befragten Unternehmen, dass die Bundesregierung sich zuerst diesem Thema annimmt. Dabei zeigt die Dringlichkeit leichte Differenzen zwischen den verschiedenen Sektoren: Während 10,1% der Unternehmensdienstleistungen dem Thema die höchste Priorität einräumen, sind es bei Unternehmen des produzierenden Gewerbes, der übrigen Dienstleistungen und des Baugewer-

Abb. 2

Priorität energiepolitischer Maßnahmen aus Sicht der Unternehmen



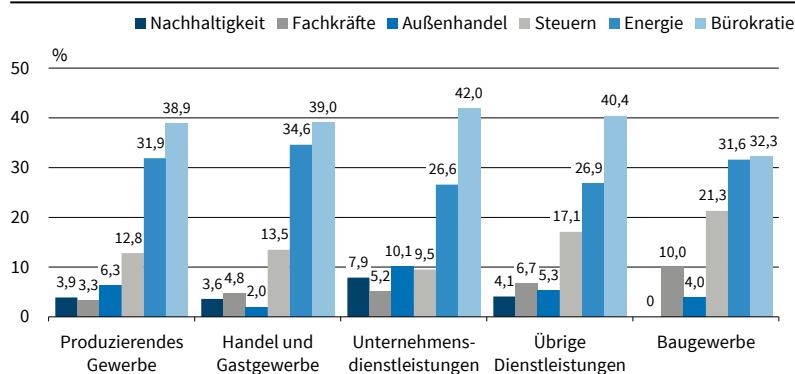
Anzahl der Beobachtungen: 856, max. 3 Nennungen möglich.

Quelle: Umfrage zur Bundestagswahl; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3

Welchem Themenfeld sollte sich die neue Bundesregierung aus Sicht der einzelnen Sektoren zuerst annehmen?^a



^a Nicht jedes Unternehmen hat allen Themen eine Priorität zugeordnet. Daher beziehen sich die Anteile der Priorität 1 in den verschiedenen Sektoren auf unterschiedliche Grundgesamtheiten. Folglich ist die Summe der Anteile nicht exakt 100 %.

Anzahl der Beobachtungen: variiert je nach Thema zwischen 812 und 861.

Quelle: Umfrage zur Bundestagswahl; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

bes zwischen 4 und 6,3% der Befragten, im Handel und Gastgewerbe spielt es nahezu keine Rolle (2%; vgl. Abb. 3).

ÜBERARBEITUNG DER LIEFERKETTENGESetze WICHTIGSTE MASSNAHME IM BEREICH WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND AUSSENHANDEL

Bei der Frage nach den Maßnahmen, die Unternehmen im Bereich Wettbewerbsfähigkeit und Außenhandel als besonders wichtig ansehen, wird mit großer Übereinstimmung von drei Viertel der Unternehmen eine Abschaffung oder deutliche Vereinfachung der Lieferkettengesetze auf deutscher und europäischer Ebene gefordert. Dabei steigt die Zustimmung mit der Unternehmensgröße von 63,2% bei den Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten auf 83,6% bei den großen Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten. Zudem wird die Anpassung der Lieferkettengesetze aufgrund der stärksten Betroffenheit überproportional oft von den Unternehmen des produzierenden Gewerbes als wichtigste Maßnahme zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit für die neue Bundesregierung gewählt (83,7%).

Das Lieferkettengesetz wird vor allem aufgrund der starken Bürokratisierung kritisiert, die zu erheblichen administrativen Belastungen und damit auch zu einer Wettbewerbsverzerrung im internationalen Handel führt (Licht et al. 2024a, b, c). Ebenfalls die bürokratischen Aufwände betreffend wird von 40,0% der befragten Unternehmen eine Vereinfachung und stärkere Digitalisierung von Zollverfahren sowie eine allgemeine Vereinfachung der Zoll- und Exportdokumentationen (31,3%) hoch priorisiert.

Als weitere wichtige Aufgabe der neuen Bundesregierung zur Verbesserung der Außenhandelsbeziehungen sehen viele Unternehmen den Abschluss zusätzlicher Freihandelsabkommen (47,0%). Durch den Abschluss solcher Abkommen können Handelshemmnisse abgebaut werden, wovon insbesondere exportorientierte Unternehmen profitieren. Entsprechend ist dieser Punkt vor allem bei den größeren Unternehmen mit 250 Beschäftigten und mehr (54,4%) sowie bei den Unternehmen des produzierenden Gewerbes von großer Bedeutung (52,7%).

WUNSCH NACH GERINGEREN EINSCHRÄNKUNGEN IM WAREN- UND PERSONENVERKEHR INNERHALB DER EUROPÄISCHEN UNION

Ein Viertel der Unternehmen erwartet zudem von der neuen Bundesregierung die zügige Umsetzung einer möglichst geringen Einschränkung des Waren- und Personenverkehrs durch Grenzkontrollen an den EU-Binnengrenzen (24,1% der Unternehmen). Die übrigen Maßnahmen aus dem Bereich Außenhandel werden von den Unternehmen deutlich geringer priorisiert. Ein verstärkter Einsatz von Ausgleichszöllen in Reaktion auf Dumping und Subventionen außerhalb der EU (15,8%), Stärkung und Reform der Welt handelsorganisation (WTO) (14,4%) und die einseitige Senkung von EU-Einfuhrzöllen (4,1%) haben weniger Dringlichkeit.

BAUGEWERBE FORDERT ZÜGIGES HANDELN GEGEN FACHKRÄFTEMANGEL

Trotz seiner Relevanz auch für die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland wird das Thema Fachkräftemangel angesichts der übrigen Problemfelder für die Unternehmen als zurzeit nachrangiges Handlungsfeld eingestuft. Die meisten Unternehmen (29,2%) haben das Thema Fachkräftemangel auf den vierten Platz eingestuft, 24,8% der Unternehmen auf den fünften Platz und nur 5,3% der Unternehmen sind der Meinung, die neue Bundesregierung sollte sich zuerst um den Fachkräftemangel kümmern. Vor dem Hintergrund, dass in einer vom ifo Institut durchgeführten Befragung im Jahr 2023 knapp 80% der Unternehmen den Fachkräftemangel als signifikantes Investitionshemmnis angaben, ein interessantes Ergebnis (Maltzan und Zarges 2024). Obwohl der Fachkräftemangel eine der zentra-

len Herausforderungen für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bleibt, steht das Thema aus Sicht der Unternehmen aktuell in der Dringlichkeit für die neue Bundesregierung hinter den Themen Bürokratieabbau, Energieversorgung, Steuern und Außenhandel zurück.

Abweichend von den übrigen Sektoren gewichten die Unternehmen des Baugewerbes den Themenbereich Fachkräftemangel deutlich höher: Über die Hälfte der Unternehmen priorisiert das Thema auf die ersten drei Ränge (56,7%) und sogar 10,0% der Unternehmen des Baugewerbes sehen die Reduzierung des Fachkräftemangels als dringlichste Aufgabe für die neue Bundesregierung.

FOKUS AUF SCHAFFUNG VON ANREIZEN FÜR EINE HÖHERE ERWERBSBETEILIGUNG

Die an der Befragung teilnehmenden Unternehmen wurden nach ihrer Meinung zur Priorität verschiedener Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass keine Maßnahme deutlich hervorsteicht, sondern verschiedene Maßnahmen von der Bundesregierung mit hoher Priorität angegangen werden sollten (vgl. Abb. 4). Besonders hohe Zustimmung erhielt die Schaffung von Anreizen für eine höhere Erwerbsbeteiligung, die von mehr als der Hälfte der Befragten als geeignete Maßnahme angesehen wird. Ein wirksamer Ansatz dazu wäre beispielsweise der Abbau von Fehlanreizen, die Empfänger von Grundversicherung daran hindern, durch eigenes Einkommen ihre Abhängigkeit von staatlichen Transfers zu verringern (Blömer et al. 2021), sowie die steuerliche Entlastung der unteren Einkommensschichten.

Auch die Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge findet mit 42,9% Zustimmung eine breite Unterstützung. Ebenfalls positiv bewertet wird die Förderung einer gezielten Berufsorientierung in allen Schulen, der von 39,8% der Unternehmen eine hohe Priorität eingeräumt wird. 37,5% der Befragten betrachten die Möglichkeit, auch nach dem Renteneintrittsalter weiter erwerbstätig zu sein, als einen effektiven Ansatz, um den angespannten Arbeitsmarkt zu entlasten.

Darüber hinaus sehen die Unternehmen auch in der Zuwanderung geeigneter Fachkräfte eine Möglichkeit, dem Fachkräftemangel in Deutschland zu begegnen. Hierzu wäre die schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse (33,4% hohe Priorität) sowie eine erleichterte Zuwanderung (30,3% hohe Priorität) aus Sicht der Unternehmen wünschenswert.

Die Steigerung der Frauenerwerbsquote wird nur von 14,7% der Unternehmen als Maßnahme mit hoher Priorität gesehen, obwohl verschiedene Studien sehr positive Effekte prognostizieren. Meier und Künzli (2024) konnten aufzeigen, dass allein eine Umstellung vom Ehegattensplitting auf individuelle Besteuerung die Besetzung von rund 200 000 Vollzeitstellen nach sich ziehen würde. Die Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung von Ehegatten in der gesetzlichen

Kranken- und Pflegeversicherung würde mit einem Mindestbeitrag ein Besetzungspotenzial von weiteren 150 000 Vollzeitstellen ermöglichen und durch die Schaffung von 400 000 neuen Kinderbetreuungsplätzen wären etwa 58 000 zusätzliche Erwerbstätigkeiten in Vollzeit möglich.

Interessant ist, dass sich die Einschätzung der Maßnahmen im Vergleich zum Jahr 2022 stark verändert hat. Im Rahmen des Jahresmonitors 2022 der Stiftung Familienunternehmen zum Thema Fachkräftemangel (Sauer et al. 2022) wurden die Unternehmen ebenfalls gebeten, verschiedene Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel zu bewerten. Dabei wurde die Schaffung von Anreizen für eine höhere Erwerbsbeteiligung insgesamt als wenig geeignete Maßnahme eingeschätzt und nur von 13,5% der Befragten als sehr geeignete Maßnahme eingestuft. Dagegen bewerteten 54,1% der Unternehmen die Förderung einer gezielten Berufsorientierung in allen Schulen als beste Maßnahme zur Reduzierung des Fachkräftemangels. Auch die Erleichterung der Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften wurde 2022 von den Unternehmen deutlich positiver bewertet und von 35,1% der Unternehmen als sehr geeignete Maßnahme eingeschätzt und damit zur zweitwichtigsten Maßnahme priorisiert.

BAUWERBE WÜNSCHT GEZIELTE BERUFSORIENTIERUNG AN SCHULEN

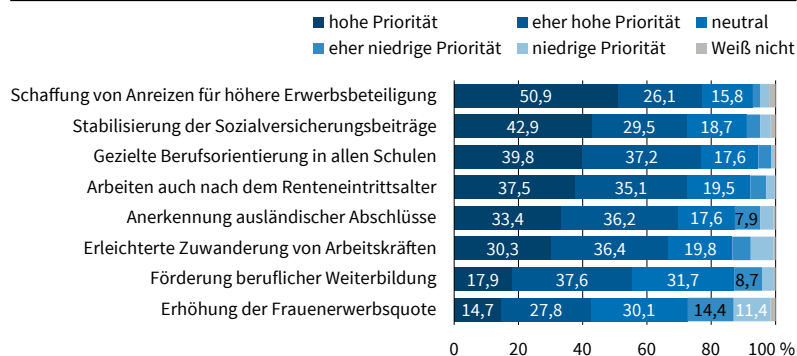
Insbesondere die Unternehmen des Baugewerbes wünschen sich, dass die neue Bundesregierung zügig Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel einleitet. Dabei hat eine gezielte Berufsorientierung in allen Schulen für über die Hälfte der Bauunternehmen die höchste Priorität (54,2%), gefolgt von der Option, auch im Rentenalter zu arbeiten (38,5%), und der Schaffung von höheren Anreizen für eine Erwerbsbeteiligung (28,3%).

NACHHALTIGKEIT HAT KEINE PRIORITÄT FÜR UNTERNEHMEN

Aus Sicht der Unternehmen hat Nachhaltigkeit im Vergleich zu den anderen Aufgabengebieten die mit großem Abstand geringste Priorität für die neue Bundesregierung. Nur 4,4% der Unternehmen betrachten das Thema Nachhaltigkeit als eine der dringlichsten Aufgaben. Gleichzeitig wird es von mehr als der Hälfte der Befragten (57,5%) als der unwichtigste Bereich unter den erfassten Themen eingestuft. Die höchste Bedeutung hat es für die Unternehmen der Unternehmensdienstleistungen und den übrigen Dienstleistungen. Hier priorisieren jeweils rund 18% das Thema Nachhaltigkeit auf die ersten drei Plätze (im Vergleich dazu sind es in den sonstigen Sektoren zwischen 5 und 10% der Unternehmen). Bei den Bauunternehmen hat kein Unternehmen die Nachhaltigkeit an die erste Stelle gesetzt.

Abb. 4

Maßnahmen zur Reduzierung des Fachkräftemangels



Anzahl der Beobachtungen: 834.

Quelle: Umfrage zur Bundestagswahl; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

FÖRDERUNG DER INVESTITIONEN IN NACHHALTIGKEIT DURCH STEUERLICHE ANREIZE

Als wichtigste Maßnahmen favorisieren rund 60% der Unternehmen die Schaffung von steuerlichen Anreizen für Investitionen in Nachhaltigkeit, um Unternehmen zu motivieren, in nachhaltige Projekte und klimaschonende Technologien und Verfahren zu investieren und damit den Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft zu fördern. Dabei haben insbesondere die Unternehmen aus dem Baugewerbe (73,9%) diese Maßnahme bevorzugt.

MEHR PRAXISTAUGLICHKEIT AUCH IM BEREICH NACHHALTIGKEIT GEFORDERT

Ebenfalls zügig angehen sollte die neue Bundesregierung aus Sicht der Unternehmen die praxisnahe Ausgestaltung der EU-Nachhaltigkeitsgesetze wie beispielsweise das *Corporate Sustainability Reporting Directive* (CSRD)-Berichtsverfahren (43,6%). Die Priorisierung geht hier mit zunehmender Unternehmensgröße einher: Während rund ein Drittel der kleineren Unternehmen diese Maßnahme gewählt haben, sind es bei den Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten bereits 41,4% und 56,5% der Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten. Das lässt sich dadurch erklären, dass insbesondere die einheitlichen EU-Nachhaltigkeitsgesetze vor allem größere Unternehmen betreffen und daher hier eine signifikant höhere Bedeutung haben.

Als weitere kurzfristige Maßnahme wählen 27,0% der Unternehmen die klimaneutrale Modernisierung durch den *Green Deal* (Förderung CO₂-armer Technologien und Gebäudesanierungen). Differenziert nach Unternehmensgröße ergeben sich hier deutliche Unterschiede. Dabei befürworten rund 31% der Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten diese Maßnahme, 27,8% der Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten und über 23% der großen Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten priorisieren den Green Deal im Bereich Nachhaltigkeit. Auch auf sektoraler Ebene sind die Unterschiede deutlich. Je-

Tab. 1

Prioritäre Maßnahmen für die neue Bundesregierung aus Sicht der Unternehmen

	1. Maßnahme	2. Maßnahme	3. Maßnahme
Bürokratie	Verpflichtung zur bürokratiearmen Umsetzung von Gesetzen	Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren	Konzentration auf wesentliche Angaben
Energie	Senkung der Netzentgelte	Beschleunigter Ausbau der Strom-Übertragungsnetze	Schaffung von Versorgungssicherheit
Steuern	Abschaffung Solidaritätszuschlag	Senkung der Lohn- und Einkommensteuern	Senkung der Energiesteuer
Außenhandel	Abschaffung/Vereinfachung von Lieferkettengesetzen	Abschluss weiterer Freihandelsabkommen	Digitalisierung von Zollverfahren
Fachkräfte	Schaffung von Anreizen für eine höhere Erwerbsbeteiligung	Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge	Gezielte Berufsorientierung in allen Schulen
Nachhaltigkeit	Schaffung von steuerlichen Anreizen für Investitionen in Nachhaltigkeit	Praxisnahe Ausgestaltung der EU-Nachhaltigkeitsgesetze	Klimaneutrale Modernisierung durch Green Deal

Anzahl der Beobachtungen: 834.

Quelle: Umfrage zur Bundestagswahl.

© ifo Institut

weils rund 30% der Unternehmen aus den Sektoren Dienstleistungen, Handel und Gastgewerbe wählen den Green Deal als favorisierte Maßnahme, nur ein Viertel der Unternehmen aus dem Baugewerbe und 18% der Befragten des produzierenden Gewerbes.

Eine stärkere Orientierung an einen fairen CO₂-Preis wünschen sich ein Viertel der Unternehmen von der neuen Bundesregierung. Dieser Ansatz zielt darauf ab, ökonomische Anreize für Unternehmen und Haushalte zu setzen, um in Technologien zur Emissionsminderung zu investieren. Diese Maßnahme hätte nach Löscher (2021) den Vorteil, dass langfristig weniger zusätzliche und ständig anzupassende Förderprogramme notwendig wären. Stattdessen verändert der CO₂-Preis Geschäftsmodelle grundlegend und beeinflusst somit Konsumententscheidungen.

Die Förderung von Unternehmen beim Umstieg auf (partielle) Kreislaufwirtschaft wird von insgesamt 18,2% der Unternehmen ausgewählt und vor allem von kleineren Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten bevorzugt (24,5%). Auch die Verpflichtung der öffentlichen Hand, bei Ausschreibungen auf nachhaltige Produkte und Dienstleistungen zu setzen, findet verstärkt bei Unternehmen mit wenigen Beschäftigten Anklang (18,2% der Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten; 12,4% insgesamt). Insgesamt weniger Handlungsdruck sehen die Unternehmen bei der Schaffung von Kompetenzen für Nachhaltigkeit, z. B. in Form von Beratungsleistungen (10,8%), der Neuausrichtung deutscher Handelspolitik entlang von Nachhaltigkeitskriterien (8,9%) und der finanziellen Förderung zur Etablierung sozialer Standards und fairer Arbeitsbedingungen (7,6%).

FAZIT

Die Wünsche der Unternehmen an die zukünftige Wirtschaftspolitik sind unmissverständlich: Die neue Bundesregierung muss entschlossen handeln, um die deutsche Wirtschaft in einem schwierigen Umfeld zu stärken. Eine klare Linie in der Wirtschaftspolitik ist dabei essenziell, um die derzeitige Unsicherheit unter

Unternehmen zu reduzieren und Investitionen wieder anzukurbeln. Auch für ausländische Investoren könnte der Standort Deutschland so wieder attraktiver werden.

Der Abbau von Bürokratie sollte dabei oberste Priorität haben, da er als zentraler Hemmschuh für Unternehmen identifiziert wurde. Dazu gehören eine beschleunigte Umsetzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie eine vereinfachte Regulierung (vgl. Tab. 1).

Ebenso dringlich erachten die Unternehmen die Senkung der Energiekosten durch Maßnahmen wie die Reduzierung der Netzentgelte und den Ausbau von Übertragungsnetzen, um Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten. Steuerliche Reformen, wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und die Senkung der Unternehmensteuern, sehen die Unternehmen als notwendig an, um zusätzliche Investitionsanreize zu schaffen.

Langfristig muss auch der Fachkräftemangel adressiert werden, etwa durch Anreize zur Erwerbsbeteiligung und die Förderung gezielter Berufsorientierung. Gleichzeitig gilt es, die Digitalisierung konsequent voranzutreiben und zukunftsfähige Rahmenbedingungen für die nachhaltige Transformation der Wirtschaft zu schaffen.

REFERENZEN

- Baur, A., L. Flach und D. Hillrichs (2024a), »German-US Trade Relations before the Election: Implications of a Trump Comeback«, *EconPol Forum* 25(5), 27–31.
- Baur, A., L. Flach, S. Link und A. Peichl (2024b), »Wer hat Angst vor Trump im Weißen Haus? Der Blick deutscher Unternehmen auf die US-Wahl«, *ifo Schnelldienst digital* 5(8).
- Blömer, M., C. Fuest und A. Peichl (2021), »Raus aus der Niedrigeinkommensfalle(!) – Der ifo-Vorschlag zur Reform des Grundsicherungssystems«, *ifo Schnelldienst* 72(4), 34–43.
- Garnitz, J., F. Lührs, A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2023a), »FamData – eine Datenbank für Forschungen zu Familienunternehmen: Hintergründe, Ergebnisse und Zugang«, *ifo Schnelldienst* 76(7), 51–57.
- Garnitz, J., A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2023b), »FamData: Database for Family Business Companies in Germany Covering Company Key Figures and Survey Data«, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 245(1–2), 235–246.

Licht, T., A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2024a), *Bürokratie als Wachstumsbremse: Auswirkungen der bürokratischen Belastungen in deutschen Unternehmen*, Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2024, München.

Licht, T., B. Unger, A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2024b), »Aufwand, Kosten und Folgen von Bürokratie aus Unternehmenssicht«, *ifo Schnelldienst* 76(11), 26–29.

Licht, T., F. Lührs. und A. von Maltzan (2024c), »Europawahl 2024 – was erwarten die Unternehmen in Deutschland?«, *ifo Schnelldienst* 77(4), 58–63.

Löschl, A. (2021), »Energie- und Klimapolitik gibt es nicht umsonst«, *ifo Schnelldienst* 74(6), 3–6.

Maltzan, A. von und L. Zarges (2024), »Der Investitionsstandort Deutschland aus Unternehmenssicht«, *ifo Schnelldienst* 77(3), 52–58.

Meier, V. und G. Künzli (2024), *Ansatzpunkte zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren*, ifo-Studie im Auftrag der IHK für München und Oberbayern.

Sauer, S., J. Garnitz und A. von Maltzan (2022), *Fachkräftemangel aus Unternehmenssicht: Auswirkungen und Lösungsansätze*, Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2022, München.

Sauer, S. und K. Wohlrabe (2024), »Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie im freien Fall? Einschätzungen der Unternehmen im europäischen Vergleich«, *ifo Schnelldienst digital* 5(9).

Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, M. Schasching, S. Schiman-Vukan, T. Wibault, G. Wolf und L. Zarges (2024), »ifo Konjunkturprognose Winter 2024: Deutsche Wirtschaft am Scheideweg«, *ifo Schnelldienst* 77, Sonderausgabe Dezember.

Zarges, L., J. Garnitz, A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2023), *Der Investitionsstandort Deutschland aus Sicht der Familienunternehmen*, Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023, München.